

A5 Politische Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention absichern und ausfinanzieren!

Gremium: Sascha Meier (KV Kassel), Lara Klaes (KV Wiesbaden)
Beschlussdatum: 01.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hessen möge beschließen:

2 Unsere liberale Demokratie ist das Fundament unseres freiheitlichen und
3 friedlichen Zusammenlebens. Sie ist kein Selbstläufer, sondern muss von jeder
4 Generation neu verstanden, gelebt und verteidigt werden. Angesichts der
5 zunehmenden Verbreitung von Desinformation, Hass und Hetze in sozialen
6 Netzwerken sowie rechtsextremistischer und demokratiefeindlicher Tendenzen,
7 insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist entschlossenes
8 Handeln erforderlich.

9 Wir, die GRÜNE JUGEND Hessen, fordern daher eine umfassende Stärkung der
10 politischen Bildung, Medienkompetenz und Demokratieerziehung auf Landes- und
11 Bundesebene. Dabei müssen sowohl die Schulen als auch außerschulische
12 Akteur*innen und Projekte unterstützt werden. Zudem bedarf es eines wirksamen
13 Demokratiefördergesetzes auf Landesebene in Hessen aber auch auf Bundesebene,
14 das die nachhaltige Finanzierung und strukturelle Verankerung von
15 Demokratieprojekten sichert.

16 Stärkung der politischen Bildung und Medienkompetenz an Schulen

17 Wir fordern:

18 a) Einen weiteren Ausbau des Fachs "Politik und Wirtschaft" an allen Schulformen
19 und Jahrgangsstufen, um politische Bildung für alle Schüler*innen zu
20 gewährleisten.

21 b) Die Verankerung politischer Bildung und Demokratieerziehung als
22 Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern. Jede Schulstunde soll zu einer
23 Stunde für die Demokratie werden.

24 c) Eine Offensive "Medienbildung für die Demokratie", die die Vermittlung von
25 Medienkompetenz und kritischem Denken im digitalen Zeitalter in den Vordergrund
26 stellt.

27 d) Die flächendeckende Einführung des Schulfachs "Digitale Welt" mit einem
28 klaren Schwerpunkt auf demokratischer Medienbildung.

29 Unterstützung und Qualifizierung von Lehrkräften

30 Wir fordern:

31 a) Umfassende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte im Bereich
32 Demokratiebildung, Extremismusprävention und Medienkompetenz.

33 b) Die Anpassung und Weiterentwicklung der Lehrpläne und der
34 Lehrkräfteausbildung, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden.

35 Einbindung von außerschulischen Partner*innen und Projekten

36 Wir fordern:

37 a) Eine verbindliche Zusammenarbeit von Schulen mit Holocaust-Gedenkstätten,
38 Erinnerungsorten und Einrichtungen wie der Bildungsstätte Anne Frank, dem
39 Jüdischen Museum Frankfurt oder dem Fritz-Bauer-Institut. Alle hessischen
40 Schüler*innen sollen mindestens einmal während ihrer Schulzeit eine solche
41 Einrichtung besuchen.

42 b) Die Ausweitung der Kapazitäten dieser Einrichtungen sowie ihre finanzielle
43 Absicherung, um diesem Ziel gerecht zu werden.

44 Förderung der Medienkompetenz im Rahmen einer Nationalen Strategie

45 Wir fordern:

46 a) Die Entwicklung und Umsetzung einer "Nationalen Strategie Medienkompetenz" in
47 Zusammenarbeit mit Bund und Ländern.

48 b) Die Entwicklung gemeinsamer Standards für digitale und Medienbildung in den
49 Lehrplänen und der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung.

50 c) Bundesweite Projektstage zum Thema Medienkompetenz, um alle Schüler*innen für
51 das Thema zu sensibilisieren.

52 d) Die Einrichtung einer unabhängigen Bundeszentrale für digitale und
53 Medienbildung als vertrauenswürdige Anlaufstelle für qualitätsgeprüftes
54 Material.

55 e) Die Förderung von Initiativen zur lebenslangen digitalen Bildung, um alle
56 Altersgruppen für die Gefahren von Desinformation zu sensibilisieren.

57 Demokratie schützen und ausfinanzieren – Einführung eines Hessischen
58 Demokratiefördergesetzes

59 Wir fordern:

60 a) Demokratieförderung und Extremismusprävention im Haushalt fest verankern und
61 Finanzierung sicherstellen.

62 b) Die zügige Verabschiedung eines wirksamen Landesdemokratiefördergesetzes in
63 Hessen, dass die dauerhafte Förderung und Finanzierung von Demokratieprojekten,
64 der historisch-politischen Bildung, der Präventionsangeboten und
65 außerschulischer Projektpartner*innen sicherstellt.

66 c) Ein Demokratiepakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft

67 d) Ein Schutzkonzept für zivilgesellschaftliche Akteure.

68 e) Die strukturelle und dauerhafte Verankerung von Beratungs- und Meldestellen
69 für betroffene Menschen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

70 f) Die Bildungs- und Präventionsarbeit sowie Forschung gegen Antisemitismus muss
71 dringend unter Einbeziehung jüdischer Perspektive ausgebaut werden. Dabei muss
72 Antisemitismus nicht nur geächtet, sondern auch in all seinen Formen und
73 Funktionen analysiert werden.

74 g) Keine Einsparung bei Bildung und Demokratieförderung trotz knapper Kassen.

75 Wir stellen fest, dass trotz der schwierigen finanziellen Lage des Bundes und
76 des Landes Hessen keine Einsparungen bei der Finanzierung von
77 Lehrkräftefortbildungen, Demokratieprojekten und politischer Bildung vorgenommen

78 werden dürfen. Investitionen in Bildung und Demokratie sind Investitionen in die
79 Zukunft unserer Gesellschaft und unverzichtbar für den Erhalt unserer
80 demokratischen Grundordnung.

81 Bund-Länder-Kooperation zur finanziellen Unterstützung

82 Wir fordern:

83 a) Die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine dauerhafte finanzielle
84 Unterstützung der Länder in der Demokratie- und Medienbildung einzusetzen.

85 b) Über den DigitalPakt 2.0 hinaus muss der Bund die Länder hierbei nachhaltig
86 unterstützen.

87 Frühzeitige Einbindung von Kindern und Jugendlichen in demokratische Prozesse

88 Wir fordern:

89 a) Die flächendeckende Einführung schulischer Beteiligungsformate, wie z.B. eine
90 wöchentliche Klassenratstunde für die Klassenstufen 1 bis 6.

91 b) Die Förderung von Partizipationsprojekten, die Kindern und Jugendlichen
92 ermöglichen, demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten.

93 Unsere Demokratie steht vor vielfältigen Herausforderungen. Die Zunahme von
94 rechtsextremistischen und demokratiefeindlichen Tendenzen, insbesondere unter
95 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, erfordert entschlossenes Handeln. Die
96 Verbreitung von Desinformation, Hass und Hetze in sozialen Netzwerken durch
97 autokratische Regime wie Russland und China sowie extremistische Akteure
98 untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen und fördert
99 gesellschaftliche Spaltung.

100 Aktuelle Studien und Berichte zeigen eine besorgniserregende Zunahme
101 rechtsextremistischer Vorfälle an Schulen in Hessen. Allein im laufenden Jahr
102 2024 wurden bereits 120 rechtsextreme Vorfälle registriert, mehr als eine
103 Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahr. Diese Entwicklung ist dramatisch und
104 beunruhigend. Unsere Schulen müssen Orte sein, an denen Demokratie gelebt und
105 gelernt wird.

106 Die Schulen spielen eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von demokratischen
107 Werten und Medienkompetenz. Es ist daher unerlässlich, die politische Bildung
108 und Medienkompetenzvermittlung an Schulen zu stärken und Lehrkräfte entsprechend
109 zu qualifizieren. Außerschulische Lernorte und Projekte, wie Holocaust-
110 Gedenkstätten und Einrichtungen der politischen Bildung, leisten einen
111 wertvollen Beitrag zur Demokratiebildung und müssen nachhaltig gefördert werden.

112 Trotz finanzieller Herausforderungen dürfen Investitionen in Bildung und
113 Demokratie nicht gekürzt werden. Es darf nicht sein, dass bei der
114 Ausfinanzierung von Lehrkräftefort- und -weiterbildungen, bei
115 Demokratieprojekten und politischer Bildung gespart wird. Ein
116 Demokratiefördergesetz auf Landesebene in Hessen ist notwendig, um die
117 strukturelle Förderung von Demokratieprojekten zu sichern und die
118 Zivilgesellschaft zu stärken.

119 Wir müssen auch die politischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene
120 berücksichtigen. Die FDP stellt sich beim Demokratiefördergesetz auf Bundesebene
121 quer, die CDU in Hessen hat jahrelang ein solches Gesetz nicht gewollt, und es

- 122 besteht die Gefahr, dass die SPD einem ausgehöhlten Gesetz zustimmt. Hier müssen
123 wir als GRÜNE JUGEND Hessen klar Position beziehen und Druck ausüben.
- 124 Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für die notwendigen
125 Rahmenbedingungen einsetzen und gemeinsam mit den anderen Ländern und dem Bund
126 eine nachhaltige Strategie zur Stärkung der Demokratie und Medienkompetenz
127 entwickeln und umsetzen.